



Niederschrift

über die 21. Sitzung des Umwelt-, Planungs- und Verkehrsausschusses
am 18.06.2013

Sitzungsort: kleiner Ratssaal, Markt 1, 53757 Sankt Augustin
Beginn: 18:00 Uhr
Ende: 22:05 Uhr

Anwesend waren:

Vorsitzender

Knülle, Marc

Vorsitzender

CDU-Fraktion

Weber, Helmut

Ratsmitglied

Feld-Wielpütz, Claudia

Ratsmitglied

Puffe, René

Ratsmitglied

Müller, Bernhard

Ratsmitglied

Mölders, Martina

Ratsmitglied

Dziendziol, Dieter

Ratsmitglied vertretend

Mick, Marlies

sachkundige/r Bürger/in vertretend

SPD-Fraktion

Karp, Uwe

Ratsmitglied

Seifen, Torsten

sachkundige/r Bürger/in

Frank, Rainer Dr.

sachkundige/r Bürger/in vertretend

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Metz, Martin

2. stellv. Vorsitzender

Günther, Christian

Ratsmitglied

FDP-Fraktion

Züll, Wolfgang E.

Ratsmitglied

Doppler, Klaus

sachkundige/r Bürger/in

Fraktion AUFBRUCH!

Köhler, Wolfgang

Ratsmitglied

Beratende Mitglieder

Montexier, Herbert

beratendes Mitglied

Protokollführer

Dombrowski, Reiner

Es fehlten entschuldigt:

CDU-Fraktion

Bonerath, Guido
Bambeck, Jörg

1. stellvertretende/r Vorsitzende/r
Ratsmitglied

SPD-Fraktion

Nettesheim, Andreas

Ratsmitglied

Vertreter der Verwaltung:

Herr Gleß
Frau Nellißen
Frau Trimborn
Herr Hennig
Herr Kasper
Herr Knipp
Herr Steinkamp
Herr Trübenbach

Außerdem waren anwesend:

Frau Ortsvorsteherin Borowski zu TOP 13.1.1

Herr Kämper von Firma TenBrinke zu TOP 4
Herr Kefer vom Planungsbüro Kaulen zu TOP 9

Es wurden folgende Tagesordnungspunkte behandelt:

Top	DS-Nr.	Beratungsgegenstand
-----	--------	---------------------

Öffentlicher Teil:

1. Feststellung der Beschlussfähigkeit, der rechtzeitigen und formgerechten Einladung, der fehlenden Mitglieder sowie Anträge zur Tagesordnung
2. Beschlussfassung über Einwendungen gegen die Niederschrift der öffentlichen Sitzung vom 25.05.2013
3. Bericht über den Stand der Ausführung der in der öffentlichen Sitzung am 29.01.2013 gefassten Beschlüsse
4. 13/0147 Bebauungsplan der Innenentwicklung Nr. 625/1 Niederpleis Mitte Teil B zwischen der Schulstraße, der Alten Schulstraße, der Paul-Gerhardt-Straße und der südlichen Grenze des Jakob-Fußhöller-Platzes; 1. Beratung und Beschluss über die während der Auslegung eingegangenen Stellungnahmen der Öffentlichkeit und der Behörden; 2. Satzungsbeschluss; 3. Anpassung des Flächennutzungsplans
5. 13/0133 4. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Sankt Augustin für den Bereich der Gemarkung Obermenden, Flur 1, und Gemarkung Siegburg-Mülldorf, Flur 1, östlich der Bebauung Marienstraße, ca. 70 m südlich der Siegburger Straße, entlang der Mendener Straße und westlich des Kindergartens 'Im Spichelsfeld'; 1. Beratung und Beschluss über die während der Auslegung des Entwurfes der 4. Änderung des Flächennutzungsplanes eingereichten Stellungnahmen; 2. Beschluss über die 4. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Sankt Augustin
6. 13/0134 Bebauungsplan Nr.: 424 'Ortsrand Siegburger Straße' in der Gemarkung Obermenden, Flur 1, und Gemarkung Siegburg-Mülldorf, Flur 1, östlich der Bebauung Marienstraße, ca. 70 m südlich der Siegburger Straße, entlang der Mendener Straße und westlich des Kindergartens 'Im Spichelsfeld'; 1. Beratung und Beschluss über die während der Auslegung des Bebauungsplanentwurfes Nr.: 424 eingereichten Stellungnahmen; 2. Satzungsbeschluss

7. 13/0076 Übersicht der Aufgaben im Verkehrsbereich
8. 13/0165 Radweg Alte Heerstraße
- 8.1.1. 13/0189 Antrag zu TOP 8 der Sitzung des Umwelt-, Planungs- und Verkehrsausschusses am 18.06.2013 'Radweg Alte Heerstraße'; zusätzlicher Radweg auf Nordseite, Teilrückbau der Alten Heerstraße
Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN
9. 13/0166 Teilnahme am Planungswettbewerb 'Radschnellwege' des Landes NRW
10. 13/0160 Energetische Stadtsanierung; Erstellung von integrierten Quartierskonzepten
11. 12/0128 Gewässerentwicklung der Siegmündung - Berichterstattung über die Bürgerversammlung in Sankt Augustin-Meindorf am 02.02.2012 und das weitere Vorgehen
12. Flugplatz Hangelar; Bauvoranfragen und Bauantrag
13. Anträge der Fraktionen
- 13.1.1. 13/0140 Poller zur Verbesserung der Sicherheit am Zebrastreifen auf der Pleistalstr.
SPD-Fraktion
- 13.1.2. 13/0142 Ergänzende Beschilderung Straßeneinmündung Nachtigallenweg/von-Galen-Straße
SPD-Fraktion

14. Anfragen und Mitteilungen

14.1. Anfragen

14.1.1. 13/0127 Übergänge der S-Bahnlinie 66 in Sankt Augustin
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

14.1.2. 13/0137 Fahrradwegsituation an der Landstraße L 16 "Meindorfer Straße"
CDU-Fraktion

14.1.3. 13/0138 Sanierung der durch Baumwurzeln verursachten Straßenschäden
im Bereich der Mittelstraße und Gutenbergstraße
CDU-Fraktion

14.1.4. 13/0141 Verlagerung der Bushaltestellen Bruno-Werntgen-Str. auf den
P+R Parkplatz Hangelar Ost
SPD-Fraktion

14.2. Mitteilungen

Nicht öffentlicher Teil:

1. Feststellung der Beschlussfähigkeit, der rechtzeitigen und formgerechten Einladung, der fehlenden Mitglieder sowie Anträge zur Tagesordnung
2. Beschlussfassung über Einwendungen gegen die Niederschrift der nicht öffentlichen Sitzung vom 28.05.2013
3. Bericht über den Stand der Ausführung der in der nicht öffentlichen Sitzung am 29.01.2013 gefassten Beschlüsse
4. 13/0148 Städtebaulicher Vertrag zum Bebauungsplan Nr. 625/1 Teil B 'Niederpleis Mitte'
5. Anfragen und Mitteilungen
 - 5.1. Anfragen
 - 5.2. Mitteilungen

Top	DS-Nr.	Beratungsgegenstand	Dienststelle
-----	--------	---------------------	--------------

Öffentlicher Teil:

1		Feststellung der Beschlussfähigkeit, der rechtzeitigen und formgerechten Einladung, der fehlenden Mitglieder sowie Anträge zur Tagesordnung	
---	--	--	--

Der Ausschussvorsitzende stellte die Beschlussfähigkeit, die rechtzeitige und formgerechte Einladung sowie die fehlenden Mitglieder fest.

Er teilte mit, dass es zum **Tagesordnungspunkt 8** DS Nr. 13/0165 „Radweg Alte Heerstraße“ einen Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gebe, DS Nr. 13/0189 „Zusätzlicher Radweg auf Nordseite, Teilrückbau der Alten Heerstraße“, den er unter dem Tagesordnungspunkt 8 aufrufen werde.

Er schlug ferner vor, den **Tagesordnungspunkt 9** DS 13/0166 „Teilnahme am Planungswettbewerb Radschnellwege des Landes NRW“ vorzuziehen und nach dem Tagesordnungspunkt 4 zu behandeln.

Damit war der Ausschuss einverstanden.

Protokollnotiz:

Die Protokollierung erfolgt entsprechend der ursprünglichen Tagesordnung.

2		Beschlussfassung über Einwendungen gegen die Niederschrift der öffentlichen Sitzung vom 25.05.2013	
---	--	---	--

Zunächst wies der Ausschussvorsitzende auf einen Schreibfehler hin, danach ist das Sitzungsdatum zu ändern auf 28.05.2013.

Einwendungen gegen die Niederschrift wurden nicht erhoben und somit vom Ausschuss zur Kenntnis genommen.

3		Bericht über den Stand der Ausführung der in der öffentlichen Sitzung am 29.01.2013 gefassten Beschlüsse	
----------	--	---	--

Auf eine Frage von Herrn Dr. Frank von der SPD-Fraktion zu der DS Nr. 12/0314 „Verbesserung der Verkehrssituation in Hangelar – für ein rücksichtsvolles Miteinander“ teilte Herr Gleß mit, dass hierzu unter TOP 7 „Übersicht der Aufgaben im Verkehrsbereich“ Ausführungen gemacht werden.

Danach nahm der Ausschuss den Bericht über den Stand der Beschlussausführungen zur Kenntnis.

4	13/0147	Bebauungsplan der Innenentwicklung Nr. 625/1 Niederpleis Mitte Teil B zwischen der Schulstraße, der Alten Schulstraße, der Paul-Gerhardt-Straße und der südlichen Grenze des Jakob-Fußhöller-Platzes; 1. Beratung und Beschluss über die während der Auslegung eingegangenen Stellungnahmen der Öffentlichkeit und der Behörden; 2. Satzungsbeschluss; 3. Anpassung des Flächennutzungsplans	FD 6/10
----------	----------------	---	----------------

Der Ausschussvorsitzende begrüßte zu diesem Tagesordnungspunkt einen Vertreter des Investors, Herrn Kämper, von der Fa. TenBrinke.

Herr Puffe von der CDU-Fraktion gab bekannt, dass seine Fraktion der Sitzungsvorlage zustimmen werde. Man könne mit der heutigen Beschlussfassung von einem Meilenstein für Niederpleis sprechen. Zwar sehe man das Projekt an manchen Stellen kritisch, denn man habe mit einer Verkaufsfläche von 3.000 m² eine größere Dimension erreicht als ursprünglich gewollt. Man habe in seiner Fraktion sämtliche fraglichen Punkte intensiv beraten und es sei nicht leicht gefallen, diese Entscheidung zu treffen. Viele Fragen konnten durch die Verwaltung beantwortet werden, aber nicht alle. Man sage, die Nahversorgung an diesem 1. a-Standort sei wichtig. Deshalb werde seine Fraktion mitgehen, es sei aber nicht das Projekt, das man ursprünglich gewollt habe. Man sei froh, dass auch Zugeständnisse wie z. B. bei der Fassadengestaltung erzielt werden konnten.

Herr Seifen von der SPD-Fraktion stellte heraus, dass man in Niederpleis die Nahversorgung brauche. Die Bauchschmerzen bei der CDU-Fraktion könne er in gewisser Weise nachvollziehen. Dennoch sei dieses Projekt an diesem Standort sehr wichtig. Auch in seiner Fraktion und auch mit den Niederpleisern sei intensiv beraten worden. Es sei jedoch eine Herzensangelegenheit, dass der Ortskern von Niederpleis revitalisiert werde. Ausgestaltungsmöglichkeiten seien für die Grundsatzentscheidung zunächst nachrangig, darüber könne man später reden.

Herr Metz von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gab bekannt, dass er froh sei, dass es beim 1 a-Standort geblieben ist. Nicht nur der 1 a-Standort sei problembehaftet, sondern auch der 1b-Standort weise viele Probleme aus. Anfangs hatte man beim Projekt „Nahversorgung für Niederpleis“ eine andere Vorstellung. Nun habe man aber die Chance für einen Startschuss für den Bereich Alt-Niederpleis und erhalte einen Bebauungsplan, der Chancen eröffnet und nicht verbaut. Es sei gut, dass sich durch einen solchen Anstoß ein Ortsteil entwickeln wird, denn man könne nicht alles vorher planen.

Herr Züll für die FDP-Fraktion beglückwünschte die Niederpleiser zu dem, was sich nunmehr bewegen wird. Man brauche die Nahversorgung dort vor Ort. Alle hätten es sich mit der Entscheidung nicht leicht gemacht.

Herr Köhler von der Fraktion Aufbruch! zeigte sich überzeugt, dass mit der heutigen Entscheidung eine Initialzündung für die Entwicklung des Ortsteils Niederpleis ausgelöst wird. Ob das Projekt Nahversorgung ein Erfolg wird, habe man nicht in der Hand, sondern darüber würden die Niederpleiser mit den Füßen abstimmen. Mit Problemen müsse man rechnen, aber die würden gelöst werden, wenn sie sich zeigen.

Herrn Puffe war die Aussage wichtig, dass mit seiner Feststellung, seine Fraktion habe etliche Fragen gestellt, er nicht unterstelle wolle, dass sich andere Fraktionen nicht ausgiebig mit der Thematik beschäftigt hätten.

Herr Montexier vom Integrationsrat bemerkte, er habe bei diesem Projekt keine Bau-schmerzen. Er sei dem Investor für den Mut dankbar, dort zu investieren. Auch er sehe eine Initialzündung für Niederpleis und erwarte dort eine Verbesserung der Lebensqualität.

Herr Seifen appellierte noch einmal, für das Projekt den Startschuss zu geben und wünschte dem Investor für den Standort alles Gute.

Dann ließ der Ausschussvorsitzende über den Beschlussvorschlag abstimmen.

Beschlussvorschlag:

Der Umwelt-, Planungs- und Verkehrsausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Sankt Augustin, vorbehaltlich des Abschlusses des Städtebaulichen Vertrages folgende Beschlüsse zu fassen:

1. Der Rat der Stadt Sankt Augustin beschließt, die während der Auslegung eingegangenen Stellungnahmen der Öffentlichkeit und der Behörden nach eingehender Prüfung entsprechend den Erläuterungen zu den einzelnen Punkten zu berücksichtigen bzw. nicht zu berücksichtigen.

einstimmig

2. Der Rat der Stadt Sankt Augustin beschließt den Bebauungsplan der Innenentwicklung Nr. 625/1 Niederpleis Mitte Teil B zwischen der Schulstraße, der Alten Schul-

straße, der Paul-Gerhardt-Straße und der südlichen Grenze des Jakob-Fußhöller-Platzes gem. § 10 BauGB als Satzung sowie die Begründung hierzu.

einstimmig

3. Der Rat der Stadt Sankt Augustin beauftragt die Verwaltung, den Flächennutzungsplan anzupassen.

Die genauen Grenzen des Geltungsbereichs sind dem Geltungsbereichsplan vom 13.12.2011 zu entnehmen.

einstimmig

5	13/0133	4. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Sankt Augustin für den Bereich der Gemarkung Obermenden, Flur 1, und Gemarkung Siegburg-Mülldorf, Flur 1, östlich der Bebauung Marienstraße, ca. 70 m südlich der Siegburger Straße, entlang der Mendener Straße und westlich des Kindergartens 'Im Spichelsfeld'; 1. Beratung und Beschluss über die während der Auslegung des Entwurfes der 4. Änderung des Flächennutzungsplanes eingereichten Stellungnahmen; 2. Beschluss über die 4. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Sankt Augustin	FD 6/10
---	---------	---	---------

Herr Gleß teilte mit, dass es sich hierbei um die Umsetzung eines wichtigen Bestandteils des Stadtentwicklungskonzeptes handelt. Das parallel stattfindende Flurbereinigungsverfahren werde von der Bezirksregierung betrieben. Aktuelles hierzu werde er in der nichtöffentlichen Sitzung berichten.

Danach fasste der Ausschuss ohne Aussprache folgende Beschlüsse:

Beschlussvorschlag:

Der Umwelt-, Planungs- und Verkehrsausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Sankt Augustin folgende Beschlüsse zu fassen:

1. Der Rat der Stadt Sankt Augustin beschließt – unter Berücksichtigung der nach § 3 Abs. 1 und § 4 Abs. 1 BauGB (frühzeitige Beteiligung) abgegebenen Stellungnahmen – die während der öffentlichen Auslegung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB und gemäß § 4 Abs. 2 BauGB der 4. Änderung des Flächennutzungsplanes abgegebe-

nen Stellungnahmen nach eingehender Prüfung entsprechend den folgenden Erläuterungen zu den einzelnen Punkten in der Planung zu berücksichtigen bzw. nicht zu berücksichtigen.

einstimmig

2. Der Rat der Stadt Sankt Augustin beschließt die 4. Änderung des Flächennutzungsplanes für den Bereich der Gemarkung Obermenden, Flur 1, und Gemarkung Siegburg-Mülldorf, Flur 1, östlich der Bebauung Marienstraße, ca. 70 m südlich der Siegburger Straße, entlang der Mendener Straße und westlich des Kindergartens 'Im Spichelsfeld', sowie die Begründung mit dem Umweltbericht hierzu.

Die genauen Grenzen des Geltungsbereiches sind dem Geltungsbereichsplan zu entnehmen.

Rechtsgrundlagen in der zum Zeitpunkt des Beschlusses geltenden Fassung:

Gemeindeordnung (GO NRW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV NRW S. 666), Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBl. I., S. 2414), Bauordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (BauO NRW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 01.03.2000 (GV NRW S. 256).

einstimmig

6	13/0134	Bebauungsplan Nr.: 424 'Ortsrand Siegburger Straße' in der Gemarkung Obermenden, Flur 1, und Gemarkung Siegburg-Mülldorf, Flur 1, östlich der Bebauung Marienstraße, ca. 70 m südlich der Siegburger Straße, entlang der Mendener Straße und westlich des Kindergartens 'Im Spichelsfeld'; 1. Beratung und Beschluss über die während der Auslegung des Bebauungsplanentwurfes Nr.: 424 eingereichten Stellungnahmen; 2. Satzungsbeschluss	FD 6/10
---	---------	---	----------------

Ohne Aussprache fasste der Ausschuss folgende Beschlüsse:

Beschlussvorschlag:

Der Umwelt-, Planungs- und Verkehrsausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Sankt Augustin folgende Beschlüsse zu fassen:

1. Der Rat der Stadt Sankt Augustin beschließt – unter Berücksichtigung der nach § 3 Abs. 1 und § 4 Abs. 1 BauGB (frühzeitige Beteiligung) abgegebenen Stellungnahmen – die während der öffentlichen Auslegung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB und gemäß § 4 Abs. 2 BauGB des Bebauungsplanentwurfes Nr. 424 „Ortsrand Siegburger Straße“ abgegebenen Stellungnahmen nach eingehender Prüfung entsprechend den folgenden Erläuterungen zu den einzelnen Punkten in der Planung zu berücksichtigen bzw. nicht zu berücksichtigen.

einstimmig

2. Der Rat der Stadt Sankt Augustin beschließt den Bebauungsplanentwurf Nr. 424 „Ortsrand Siegburger Straße“ für den Bereich der Gemarkung Obermenden, Flur 1, und Gemarkung Siegburg-Mülldorf, Flur 1, östlich der Bebauung Marienstraße, ca. 70 m südlich der Siegburger Straße, entlang der Mendener Straße und westlich des Kindergartens 'Im Spichelsfeld' aufgrund der §§ 7 und 41 der GO NRW sowie des § 10 BauGB als Satzung sowie die Begründung mit dem Umweltbericht hierzu.

Die genauen Grenzen des Geltungsbereiches sind dem Geltungsbereichsplan zu entnehmen.

Rechtsgrundlagen in der zum Zeitpunkt des Beschlusses geltenden Fassung:
Gemeindeordnung (GO NRW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV NRW S. 666), Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBl. I., S. 2414), Bauordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (BauO NRW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 01.03.2000 (GV NRW S. 256).

einstimmig

7	13/0076	Übersicht der Aufgaben im Verkehrsbereich	FD 6/10 FB 1
---	---------	---	-----------------

Der Ausschussvorsitzende verwies auf die von der Verwaltung zuvor den Fraktionen zugeleitete Übersicht über die Aufgaben im Verkehrsbereich.

Herr Gleß teilte mit, dass man die Frage, wie mit der Übersicht umzugehen ist, die heutige Diskussion abwarten wolle. Was noch ausstehe sei die Problematik Hangelar. Er schlage vor, für die Aufgaben im Bereich Hangelar und Kölnstraße ähnlich wie die jetzt vorgelegte Liste bezüglich der Aufgaben im Verkehrsbereich eine adäquate Liste und Vorschläge über den weiteren Umgang damit vorzulegen. Man müsse sehen, ob das Thema noch einmal im Umwelt-, Planungs- und Verkehrsausschuss aufgegriffen werden soll, ansonsten würde er die Problematik bilateral in die Fraktionen geben.

Herr Züll für die FDP-Fraktion erklärte, dass man dem Vorschlag zustimme. Aktuell wollte er wissen, ob der Verwaltung ein Ergebnis der Blitzaktion in der vergangenen Woche in der Kölnstraße in Höhe der Gaststätte „Zur Glocke“ bekannt sei. Ihn interessiere auch, warum man sich genau diesen Standort ausgesucht habe.

Herr Steinkamp sagte zu, dies dem Protokoll nachzureichen.

Protokollnotiz:

Laut Auskunft durch die Polizei wurde die Kölnstraße aufgrund von Bürgerbeschwerden wegen zu hoher Geschwindigkeit in die Aktion mit aufgenommen. Der jeweilige Standort des Messfahrzeugs bestimmt sich u.a. durch einen freien Platz am Straßenrand und der Möglichkeit, das Messgerät entsprechend der Vorschriften zu installieren. Eine Übersicht für einzelne Messpunkte besteht nicht, da die Ergebnisse der Landesaktion zusammengeführt wurden.

Zu der Frage des Ausschussvorsitzenden, wie jetzt mit der Liste umgegangen werden soll, meinte Herr Gleß, dass man nicht die große Aussprache wählen sollte. Es sei als Problem bekannt, dass in der Verwaltung sehr wenig Personal vorhanden sei, welches sich mit den Verkehrsfragen beschäftige. Er wolle zwar nicht nach mehr Personal rufen, aber doch dafür sensibilisieren, mit Anträgen und Anfragen im Verkehrsbereich sparsamer umzugehen. Er wolle den Ausschussmitgliedern nicht das Recht nehmen, sich mit diesen Themen zu beschäftigen. Aber die Sensibilität zu wecken, dass die Personalkapazitäten beschränkt seien, sei auch Sinn dieser Liste gewesen.

Bezüglich der Probleme, die in den letzten Jahren gerade im Verkehrsbereich auf die Verwaltung zukämen, meinte Herr Metz von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, dass nicht die Konsequenz daraus sein kann, sich mit diesen Themen weniger zu beschäftigen. Wegen der Beschäftigung mit diesen Themen solle die Verwaltung bei der Aufstellung des Haushalts für das nächste Jahr den Mut aufbringen, zu sagen, dass es in diesem Bereich nicht anders ginge und man hier nachbessern müsse.

Frau Feld-Wielpütz für die CDU-Fraktion meinte, dass man sich den Ausführungen des Herrn Gleß anschließen könne. Seitens ihrer Fraktion könne sie zusagen, dass man sich bezüglich der Anträge und Anfragen diszipliniert hat und weiter disziplinieren wird. Sie schlage vor, die Projektliste in regelmäßigen Abständen anzuschauen. Ein Bericht darüber, was ansteht oder was erledigt ist, könne auch mündlich gegeben werden.

zur Kenntnis genommen

8	13/0165	Radweg Alte Heerstraße	FD 6/10
----------	----------------	-------------------------------	----------------

Zu diesem Tagsordnungspunkt lag ein Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 18.06.2013, DS-Nr. 13/0189, vor.

Für die Verwaltung stellte Herr Hennig die Planung des Radweges Alte Heerstraße anhand einer an der Wand befestigten Karte vor.

Herr Dr. Frank von der SPD-Fraktion meinte, das von der Verwaltung bezüglich des Radverkehrs auf der Alten Heerstraße Vorgestellte sei ein Fortschritt, denn durch die vorhandene Bebauung seien weitere Möglichkeiten ziemlich ausgereizt. Bezüglich der Einmündung Großenbuschstraße/Alte Heerstraße wolle er daran erinnern, dass vor vielen Jahren zwar nicht beschlossen aber doch angedacht gewesen war, hier, falls finanzielle Mittel vorhanden sind, einen Kreisverkehr zu bauen. Ihn interessiere, warum diese Idee aufgegeben wurde.

Herr Hennig erwiderte, dass man in einer früheren Sitzung einen Variantenvergleich vorgelegt habe. Er meine, der Ausschuss habe seinerzeit von der Kreisverkehrslösung Abstand genommen. Ein Grund sei die starke Abkröpfung hinsichtlich der Grundstücksverfügbarkeit. Details müsse er nachliefern.

Der Ausschussvorsitzende bat, die Überlegungen zur damaligen Kreisverkehrsplanung zu Protokoll zu geben.

Protokollnotiz:

Beigefügt ist die Sitzungsvorlage DS-Nr. 05/0207 zur Sitzung des Planungs- und Verkehrsausschusses vom 24.05.2005 sowie ein Auszug aus dem Sitzungsprotokoll.

Herr Metz von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN begründete sodann den Änderungsantrag. Das von der Verwaltung Geplante sei eine Verbesserung des Status Quo. Langfristiges Ziel sollte aber sein, für die gesamte Alte Heerstraße die Zweirichtungsradwege zu vermeiden. Daher sollte zwar so verfahren werden, wie die Verwaltung vorgeschlagen hat, aber langfristig müsse die Alte Heerstraße verkehrssicher gemacht werden, indem Fahrradfahrer wie Autofahrer als gleichberechtigte Verkehrsteilnehmer in gleicher Richtung fahren.

Für die CDU-Fraktion teilte Frau Mölders mit, dass man die von der Verwaltung vorgestellte Planung für sehr wertvoll halte. Den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN halte sie für überflüssig, da die Verwaltung explizit mitgeteilt habe, dass sie Grund-erwerbsverhandlungen für die fehlenden Grundstücksflächen führen werde.

Herr Gleß teilte auf Nachfrage vom Ausschussvorsitzenden mit, dass er den Antrag als Verstärkung dessen betrachte, was die Verwaltung nicht mehr in den Beschlussvorschlag hineingebracht hat, sondern in der Begründung steht.

Herr Metz stellte nunmehr klar, dass Ähnliches beim Fasanenweg und auch in Meindorf gesagt wurde, nämlich dass man daran arbeite. Am Ende sei nichts passiert. Nun wäre es jetzt hier das dritte Mal, daher solle man den Antrag seiner Fraktion ernst nehmen.

Unterschied des Antrages zur Verwaltungsvorlage sei nämlich, dass im Antrag stehe „auf der Nordseite der Alte Heerstraße“. Das stünde zwar in der Verwaltungsvorlage auch, aber diese betreffe nur den Bereich Tannenweg bis zum Hauptverband gewerbliche Berufsgenossenschaften. Seine Fraktion ist der Ansicht, dass man auf Dauer den Bereich in einer Gesamtplanung entwickeln solle, und auch hier sei zu planen, was üblicherweise in der Stadt aus Sicherheitsgründen gefordert werde, nämlich dass Radverkehr in der gleichen Richtung geführt werden soll wie der Autoverkehr. Auch habe die Verwaltung in ihrer Vorlage von erforderlichen Grunderwerbsverhandlungen gesprochen. Er halte die Alte Heerstraße für so breit, dass man in einer Gesamtplanung der Straße explizit den Querschnitt der Alte Heerstraße berücksichtigen kann. Auch aus finanziellen Gründen sollte man überlegen, ob man die Grundstücke an der einen Seite erwerben muss oder aber eine Gesamtplanung erstellt, bei der man vom Straßenraum etwas weg nehme.

Herr Gleß stellte fest, dass es hilfreich gewesen wäre, die gerade gemachten Erläuterungen in den Antrag mit hinein zu nehmen. Sie stellen einen anderen Sachverhalt dar, als er aufgrund der Formulierung des Antrages habe verstehen können.

Frau Feld-Wielpütz von der CDU-Fraktion teilte mit, dass ihre Fraktion ein grundsätzliches Problem damit habe, dem Antrag zuzustimmen. Man habe die Vorlage erst zu Sitzungsbeginn bekommen; niemand konnte sich damit vorher auseinandersetzen oder die Aussagen hinterfragen.

Herr Gleß meinte, er habe sich nicht gegen den gestellten Antrag ausgesprochen. Er schlage vor, dass das, was Herr Metz zu diesem Antrag in Blick auf die Gesamtperspektive dargestellt habe, auch so zu Protokoll genommen wird, damit auch klar ist, was der Antrag beinhaltet. Dann könne man von Seiten der Verwaltung überlegen, wie man diesem Antrag, den er für sinnvoll erachte, auch gerecht werden kann im Sinne einer Gesamtperspektive.

Herr Metz machte deutlich, dass die Irritationen vielleicht daher entstanden sind, dass man die Verwaltung so verstanden hat, dass sie den Radweg auf der Nordseite anlegen und dafür Grundstücke erwerben möchte. Das bedeute, dass man weiter von der Straße weggehe, um den Radweg zu realisieren. Aber seine Fraktion möchte, dass auch in den vorhandenen Straßenraum eingriffen wird. Das bedürfe logischerweise einer Gesamtplanung und nur das sei die Bitte aus dem Antrag.

Auch Herr Züll von der FDP-Fraktion merkte anhand einiger Formulierungen noch einmal an, dass für ihn der Antrag mit der Sitzungsvorlage deckungsgleich ist.

Frau Feld-Wielpütz meinte nunmehr, dass Herr Metz die Unterschiede zwischen Antrag und Sitzungsvorlage deutlich gemacht hat. Hierzu wolle sie die fachliche Sicht der Verwaltung hören, damit ihre Fraktion entscheiden kann, ob man im Sinne des Antrags mitgehe oder nicht.

Herr Gleß stellte fest, dass es schwer falle, das ad hoc fachlich zu bewerten. Er schlage daher vor, dass man den Antrag als Prüfauftrag entgegennehme und man innerhalb der Verwaltung überlege, in welcher Weise eine langfristige Perspektive für den Bereich der Alte Heerstraße/Großenbuschstraße erarbeitet werden kann und wie eine solche Perspektive aussehen könnte. Das Ergebnis würde sobald wie möglich präsentiert werden.

Herr Köhler, Fraktion Aufbruch!, teilte mit, er möchte verstehen, worüber man sich streitet. Ein Teil der Verwirrung käme wohl daher, dass eine Planung vorliegt für eine Verbesserung eines Teilabschnittes der Alten Heerstraße und der Antrag der Grünen erweckt den Eindruck, als ob er sich auf denselben Teilabschnitt bezieht. Das scheine aber nicht der Fall zu sein. Er habe das jedenfalls jetzt so verstanden, dass der Antrag darüber hinaus geht und man eine Gesamtbetrachtung der Alten Heerstraße möchte. Es mache Sinn, den Radweg von der Hennefer Straße bis zur B 56 durchzuführen, dazu müsse aber auch Grunderwerb getätigt werden.

Herr Metz stellte fest, dass es schwer sei, das, was auf einem langen Plan dargestellt ist, so tauglich in einem Antrag zu formulieren, dass alles gleich verstanden wird. Daher sei es wohl am sinnvollsten, dem jetzt von Herrn Gleß gemachten Vorschlag zu folgen. Seine Fraktion würde das, was man meine, mit kartografischen Darstellungen anreichern. Die Verwaltung möge danach in eine Prüfung eintreten.

Danach ließ der Ausschussvorsitzende über den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in abgeänderter Form abstimmen, der jetzt wie folgt lautet:

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird beauftragt, zu prüfen, ob

- die mittel- bis langfristige Planung eines Radweges oder Radfahrschutzstreifens auf der Nordseite der Alten Heerstraße weiter voranzutreiben sowie
- damit verbunden auch den teilweisen Rückbau der Alten Heerstraße in diesem Bereich (Einengung der Fahrbahn) zu planen, um Platz für die Radwegeführung zu gewinnen.

einstimmig

Dann wurde über die Sitzungsvorlage der Verwaltung abgestimmt:

zur Kenntnis genommen

8.1.1	13/0189	Antrag zu TOP 8 der Sitzung des Umwelt-, Planungs- und Verkehrsausschusses am 18.06.2013 'Radweg Alte Heerstraße'; zusätzlicher Radweg auf Nordseite, Teilrückbau der Alten Heerstraße Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN	FD 6/10, FB 1
-------	---------	--	---------------

Wurde unter TOP 8 mit beraten.

9	13/0166	Teilnahme am Planungswettbewerb 'Rad-schnellwege' des Landes NRW	FD 6/10
---	---------	--	---------

Zu Beginn begrüßte der Ausschussvorsitzende Herrn Kefer vom Büro Kaulen.

Herr Gleß stellte fest, dass es darum gehe, den Radverkehr in der Region effizienter zu gestalten. Unter Radschnellwege würde man Trassen verstehen, die die kürzeste Verbindung zwischen zwei Punkten darstellen sollen. Im Fokus stünde die Verbindung zwischen Bonn, Sankt Augustin und Siegburg. Mindestbreiten sollen das Befahren der Trassen komfortabel gestalten. Man würde seitens der Stadt an einem Wettbewerb teilnehmen. Im Moment laufen Gespräche zwischen den Körperschaften sowie dem Rhein-Sieg-Kreis zur Vorbereitung des Wettbewerbes. Die jeweiligen Kommunen haben vereinbart, jeweils ein Votum des Rates bzw. des nachgelagerten Ausschusses herbeizuführen, um an einem solchen Prozess auch teilzunehmen.

Danach stellte Herr Kefer anhand einer PowerPoint-Präsentation das Projekt einschl. Streckenführung und Finanzierung vor.

Protokollnotiz:

Die Präsentation ist dieser Niederschrift als Anlage beigelegt.

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stellte Herr Metz fest, dass das Thema Radverkehr sehr im Kommen sei. Der Kreistag habe seinerzeit das Kreisradverkehrsnetz angestoßen. Als Spezialfall gebe es jetzt den Planungswettbewerb „Radschnellwege“. Er habe große Vorbehalte gegen die hier vorgeschlagene Trassenführung. Die Konzeption des Radschnellweges sei im hiesigen Raum äußerst kompliziert. Letztlich habe er doch sein Einverständnis gegeben. Er sehe Perspektiven, aber auch Knackpunkte. Er erkenne auch Schwierigkeiten, in bestimmten Abschnitten auf städtischem Gebiet Vorrang für Radfahrer einzurichten. Man könne auch die vorhandenen Fahrradrouten nicht anmalen und sagen, das sei jetzt der Radschnellweg. Er befürchte, mit dieser Konzeption beim Wettbewerb zu scheitern.

Herr Karp von der SPD-Fraktion stellte fest, dass man dem Vorgelegten grundsätzlich zustimmen könne. In diesem Zusammenhang habe er einige Fragen an die Verwaltung, und zwar, wie weit die Verwaltung mit dem im September 2011 beschlossenen Radwegekonzept per Stand heute ist, wann der geplante Stand der Fertigstellung ist und ob die geplante Wegeverbindung zwischen Siegburg und Bonn die Arbeiten am Radwegekonzept beeinflusst?

Frau Feld-Wielpütz für die CDU-Fraktion gab bekannt, dass man auch ein großes Herz für den Radverkehr habe. Auch wenn es 80 % Fördermittel gäbe, so seien es immer noch Steuergelder. Auf die Stadt Sankt Augustin käme ein nicht unerheblicher Betrag zu. Nach Zuschlag zum Projekt müssten die erforderlichen Mittel im Haushalt berücksichtigt werden. Es könne nicht angehen, dass man möglicherweise für die Instandsetzung der bisherigen Radwege dann kein Geld mehr habe. Auch die Planungen B 56 im

Zentrum und Tacke-Gelände dürften nicht außer Acht gelassen werden. Auch die Umplanung der Rathausallee mit dem zusätzlichen Kreisverkehr sei zu berücksichtigen. Daher konkretisiere sie die Frage, was es genau bedeute, wenn man diesem Beschluss zustimme? Was würde es bedeuten, wenn man am Wettbewerb teilnehmen und den Zuschlag erhalten würde?

Herr Züll von der FDP-Fraktion stellte fest, dass Herr Kefer auffallend häufig den Begriff Verknüpfungspunkte erwähnt hat. Persönlich habe er Zweifel hinsichtlich der Überquerung von Sieg und Rhein. Dennoch könnte wegen der Verknüpfungspunkte das Konzept für die Stadt von Nutzen sein bezüglich ihrer Einzelplanungen.

Herr Kefer pflichtete bei, dass man im Stadtgebiet auch Engstellen habe. Bei der Planung wurde jedoch keine Bebauung abgerissen, um die Verbindung zu realisieren. Er sehe eine große Chance, dass insbesondere die Strecke Bonn – Siegburg über Sankt Augustin realisiert werden dürfte, weil es ein regionales Konzept ist. Bezüglich der Finanzierung werde es sicher nicht so sein, dass die Stadt ihren Anteil allein tragen muss, weil sie einen großen Kilometer-Anteil habe. Der Kostenschlüssel sei jedoch noch zu definieren. Auch habe der Rhein-Sieg-Kreis signalisiert, dass mögliche Alternative eine Kostenübernahme wäre und dann eine Refinanzierung über alle kreisangehörigen Gemeinden erfolge. Würde heute ein Beschluss gefasst, würde das zunächst die grundsätzliche Bereitschaft ausdrücken, an diesem Wettbewerb teilzunehmen. Für die Route 1 und auch für die Route 2 stelle die Stadt Sankt Augustin ein wichtiges Bindeglied dar. Sollte die Stadt später abspringen, wäre dies im Sinne des Wettbewerbes sicher nicht sinnvoll. Radschnellwegeverbindungen wären das Ergebnis sich wandelnder Rahmenbedingungen. Normale Radwege von 1,5 m Breite würden den Anforderungen nicht mehr gerecht. Engstellen seien im Rahmen des Wettbewerbes auch gewollt. Aufgabe im Rahmen des Wettbewerbes sei es nämlich, die Konfliktbereiche aufzuzeigen. Würde die Breite von 6,50 m nicht erreicht, dann könne für einen Abschnitt auch die normale Breite passen. Das würde auch in den Konzepten so dargestellt. Was jetzt vorliegt, ist die erste Einschätzung einer Machbarkeit. Das beinhalte auch, einen Streckenabschnitt schmaler auszuführen. Hinsichtlich der Knoten und auch der Streckenabschnitte seien in der Detailplanung noch Änderungen möglich.

Herr Gleß bekannte, dass er den Eindruck habe, heute keine Entscheidung zu erhalten. Er schlage daher vor, im Rat abschließend darüber zu beraten, zuvor aber in den Fraktionen Gelegenheit zu haben, hierüber zu beraten. Er bitte darum, die Fragen aus den Fraktionen der Verwaltung zukommen zu lassen, diese würden dann schriftlich fixiert beantwortet werden. Stehe später das Wettbewerbsergebnis fest, könne man immer noch aussteigen. Dies würde die Partnerstädte und den Rhein-Sieg-Kreis nicht erfreuen. Es sei aber auch opportun, dem Ergebnis nicht zu folgen, wenn es unseren Interessen widerspreche. Der in der Sitzungsvorlage genannte Kostenanteil würde anfallen für die Teilnahme an dem Wettbewerb. Das Thema Grunderwerb und viele andere Dinge werde man bei jeder Strecke haben. Er sehe aber auch eine Chance, ein Projekt zu entwickeln, welches dem ganzen Kreis entgegenkommt. Man müsse sich aber auch mit dem Gedanken anfreunden, dass es nicht überall gelingen wird, die Mindestbreite zu erreichen. Er sehe die Probleme, er sehe aber auch eine Chance der Ertüchtigung des Radwegenetzes. Hinsichtlich der Finanzen komme es darauf an, in den weiteren Verhandlungen bezüglich des 20%igen Eigenanteils die Kreissolidargemeinschaft um Hilfe zu bitten, diesen Anteil möglicherweise umzulegen.

Der Ausschussvorsitzende sah dieses Projekt als ein für die Stadt wichtiges Projekt für die Zukunft an. An vielen Stellen seien aber nicht Mittel vorhanden, um bestehende Radwegeverbindungen auszubessern. Er sehe derzeit nicht, wie ein Ratsmitglied eine Entscheidung treffen könnte, wenn die gesamte finanzielle Belastung nicht offen liegt. Die Finanzierung müsse vorher klar sein. Nur einen Beschluss zur Teilnahme, ohne zu wissen, was finanziell dabei herauskommt, halte er für nicht machbar.

Der Vortrag enthalte eine Menge Provokationspotential, meinte Herr Köhler von der Fraktion Aufbruch! Die Kostenseite sehend müsse man zunächst sagen, dass es nicht ginge. In Sankt Augustin sei man aber als Radfahrer gegenüber dem motorisierten Verkehr benachteiligt. Im Hinblick auf diesen sei die Summe verhältnismäßig gering. Er halte die Realisierung eines Radschnellweges für eine gute Sache. Daher sollte man sich dem Projekt öffnen. Auch sehe er im Projekt eine Riesenchance zur Entlastung vom motorisierten Verkehr. Nehme man am Wettbewerb teil, würde man auf jeden Fall profitieren. Man würde Konfliktpunkte erkennen, die einem jetzt nicht aufgehen. Daher appelliere er, möglichst vor der Ratssitzung eine Klärung der noch offenen Punkte, wie z. B. die finanzielle Belastung herbeizuführen.

Auch Herr Metz erkannte, dass heute wohl kein Beschluss gefasst wird. Ob dies in der Ratssitzung möglich ist, sei eine andere Frage. Es soll keine Kritik am Radschnellweg als solchem darstellen. Es soll auch nicht in Frage gestellt werden, dass der Radverkehr ausgebaut werden soll. Es gehe vielmehr darum, das, wenn man etwas macht, es auch richtig zu machen. Finanzierung und Nutzen müssten zusammenkommen. Schäume er sich die Routen an, erkenne er, dass der Geist des Radschnellweges eigentlich nur in 10 % der Strecke verwirklicht werden kann. Engstellen würden 40 bis 60 % des Radschnellweges einnehmen. Im Kreistag habe er gesagt, dass er dem Projekt zustimme. Er befürchte aber, dass vom Radschnellwegeprojekt am Ende nur ein großer Plan übrig bleibt. Das möchte er aber nicht. Es soll ein Projekt sein, das erfolgreich ist. Daher sollte sich die Verwaltung vielleicht nach Alternativen umschauen.

Für Frau Feld-Wielpütz sei es schwer vorstellbar, dass zwischen der Meer- und der Südstraße ein Radschnellweg realisiert wird. Da man dieses Projekt aber für fortschrittlich halte, möchte man es auch gerne beraten. Zu fragen ist, ob der Weg in die Ratssitzung der richtige sei. Sie hätte es auch gut gefunden, wenn z. B. eine Bürgerinformation stattgefunden hätte.

Herr Züll wies auf den Zeitdruck hin. Auch er vermutet, dass nicht mehr als 50 % des eigentlichen Radschnellweges verwirklicht werden könnten. Man werde aber Informationen bekommen, die man für die eigene Planung gut umsetzen kann. Er bittet, dass relativ zügig die Kosten in die Fraktionen gegeben werden, die z. B. auch berücksichtigen könnten, wenn auf ein Brückenbauwerk verzichtet würde.

Herr Dr. Frank für die SPD-Fraktion unterstrich das von den anderen Fraktionen Gesagte. Natürlich müsse man die Kosten im Auge behalten. Wichtiger sei für ihn aber die Frage, was man für das Geld bekommt. Sollte der Nutzen groß sein, könnte auch ein größerer Betrag die Sache erleichtern. Bis jetzt habe er jedoch große Zweifel. Es wäre eine tolle Sache, sollte man von Siegburg nach Bonn eine Radautobahn bauen. Dann sollte das auch das Geld wert sein. Er sehe das aber nicht. Die von Herrn Metz genannte Einschätzung von 50 % halte er für sehr optimistisch. Er denke eher, dass 80 – 90 % der Strecke beim alten Zustand bleibe und nur der ein oder andere Abschnitt ein Schnellweg

wäre. Eine Ersatzroute z. B. durch die Grüne Mitte zu bauen sei keine akzeptable Vorstellung. Er prognostiziere, dass dies der Radfahrer nicht annehmen werde, da dieser den schnellen Weg bevorzuge. Darum die Bitte, zu visualisieren, wo auf den Varianten ein Ausbau zum Radschnellweg möglich wäre. Dass die 20 % der Kosten von Sankt Augustin nicht zu stemmen sind, müsse auch klar sein. Solange die meisten von Fahrrädern befahrenen Straßen in einem miserablen oder in einem nicht guten Zustand sind, sei es auch eine Frage der Akzeptanz bei den Bürgern.

Bezüglich der Visualisierung stellte Herr Gleß fest, dass dieses das Ergebnis des Wettbewerbs sein soll. Im Moment sei man in der Ausschreibungsphase für diesen Wettbewerb. Bezüglich der Machbarkeit, ob es 30, 50 oder 70 % seien, könne keiner eine Antwort geben. Dies würde erst im Wettbewerb festgestellt. Er wisse, dass man eine Chance habe, die nicht allzu leichtfertig vergeben werden sollte. Bis zur Ratssitzung würde man versuchen, eine Stellungnahme des Rhein-Sieg-Kreises hinsichtlich der Kostenübernahme zu bekommen.

Herr Kefer teilte mit, dass man in der Machbarkeitsstudie eine erste Einschätzung vorgenommen hat, wo Grunderwerb erforderlich ist und wo nicht. Dies sei aber noch nicht konkret quantifiziert und mit Kosten hinterlegt worden. Dies würde erst im Rahmen der Detailplanung erfolgen. Die erste Einschätzung der für die Streckenabschnitte und Knotenpunkte erforderlichen Maßnahmen sei vorgenommen und in den Plänen dargestellt worden. Entsprechende Prozentzahlen seien aber noch nicht angegeben. Das könne man aber nachreichen. Die spätere Umsetzung für die einzelnen Streckenabschnitte muss im Rahmen weiterer Planungen erfolgen. Ein Aussteigen aus dem Projekt sei jederzeit möglich. Man sei seit 6 Wochen an der Arbeit und befinde sich im Feintuning, z.b. werden noch Erläuterungsberichte geschrieben und Formulare ausgefüllt. Bei zwei beteiligten Kommunen sei die Entscheidung gefallen, bei weiteren stünden Abstimmungen bevor.

Frau Feld-Wielpütz erklärte, sie halte die Angelegenheit im Rat für nicht beratungsfähig. Daher appelliere sie für die Durchführung einer Infoveranstaltung oder Sondersitzung.

Auch Herr Züll teilte die Einschätzung, dass man darüber nicht im Rat diskutieren könne. Zunehmend bekomme er den Eindruck, dass man sich hinsichtlich der Kosten nicht ohne Weiteres dafür aussprechen könne.

Herr Metz meinte, dass man ohne eine Vorberatung nicht zu einer Entscheidung am 10.07. käme. Fragen zu stellen sei das eine, aber man solle noch einen Termin anberaumen, zu dem man auch den Kreis dazu bitten könnte, um mehr Informationen zu erhalten. Auch sei zu manchen Themen das Ordnungsamt zu hören. In der nächsten, allerspätestens übernächsten Woche sollte man sich zusammensetzen.

Der Ausschussvorsitzende stellte nach Rücksprache mit der Verwaltung fest, dass diese in Kürze eine Informationsveranstaltung anberaumen werde. Dabei werden die eingereichten Fragen der Fraktionen beantwortet und diskutiert werden können. Auf der Ratssitzung sei dann nur noch die Entscheidung zu treffen. Die Einladung würde von der Verwaltung ausgesprochen werden und es sollte nicht schaden, dass eine solche Informationsveranstaltung öffentlich tagt.

Danach schlug der Ausschussvorsitzende die Verweisung des Tagesordnungspunktes

in die nächste Ratssitzung vor.

Dagegen wurde kein Einwand erhoben.

Die Angelegenheit wurde in den Rat verwiesen.

10	13/0160	Energetische Stadtsanierung; Erstellung von integrierten Quartierskonzepten	BNU
-----------	----------------	--	------------

Herr Gleß von der Verwaltung führte dazu aus, dass es seitens der KfW-Bank einen Fördertopf gebe mit einem Volumen von rd. 100 Mio. € für das Jahr 2013. Gefördert wird die energetische Stadtsanierung und hier insbesondere integrierte Stadtteil- und Quartierskonzepte zur Entwicklung und zum Anschub von umfassenden Sanierungsmaßnahmen. Nach seiner Kenntnis seien bislang geringe Mittel abgeflossen, so dass eine große Möglichkeit besteht, solche Konzepte zu erstellen, sich die Konzepte fördern zu lassen und die Konzepte gemeinsam mit den Betroffenen umzusetzen. Im Weiteren erläuterte er die Sitzungsvorlage.

Frau Feld-Wielpütz, CDU-Fraktion, teilte mit, dass ihre Fraktion das Konzept sehr unterstütze und auch die ausgewählten Quartiere für geeignet halte. Eine Nachfrage stellte sie zum möglichen Anteil der EVG an den Kosten.

Herr Züll von der FDP-Fraktion hatte eine Nachfrage zur Höhe des Gesamtaufwandes.

Herr Gleß teilte mit, dass die Kosten für die Konzepterstellung für beide Siedlungen bei 120.000 € liegen. Dieser Betrag würde zu 65 % gefördert. Die restlichen Anteile verbleiben bei der Stadt. Ein potentieller Partner, wie z. B. die EVG, habe jedoch noch nicht mitgeteilt, wie hoch der Anteil ist, den dieser von den verbleibenden Kosten übernehmen wird.

Auch Herr Dr. Frank von der SPD-Fraktion hält das Vorhaben für äußerst sinnvoll. Man werde selbstverständlich zustimmen.

Dann wurde über den Beschlussvorschlag abgestimmt.

Beschlussvorschlag:

Der Umwelt-, Planungs- und Verkehrsausschuss nimmt den Bericht über das Bundesförderprogramm der kfw-Bank „Energetische Stadtsanierung“ für die Steigerung der Energieeffizienz in den Kommunen zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung, für die beiden ausgewählten Stadtquartiere „Im Spichelsfeld“ und „Berliner Siedlung“, die Förderanträge für den Aufbau der integrierten Sanierungskonzepte zu stellen sowie die erforderlichen Eigenmittel im Rahmen des Nachtragshaushalts zu beantragen.

einstimmig

11	12/0128	Gewässerentwicklung der Siegmündung - Berichterstattung über die Bürgerversammlung in Sankt Augustin-Meindorf am 02.02.2012 und das weitere Vorgehen	FD 6/10
----	---------	---	---------

Herr Kasper stellte den Stand der Planungen des Gewässerentwicklungsprojektes „Nahturnahe Gewässer- und Auenentwicklung der Sieg im Mündungsraum im FFA-Gebiet“ anhand einer PowerPoint-Präsentation vor.

Protokollnotiz:

Die Präsentation ist dieser Niederschrift als Anlage beigelegt.

Herr Karp, SPD-Fraktion, teilte aus Sicht der Meindorfer mit, dass es erfreulich ist, dass die Naherholung erhalten bleibt. Er stellte eine Frage nach der Befestigung des Siegufers von der Stadtgrenze Bonn bis zur Autobahn, und zwar ob sie erhalten bleibt, aufgelockert bzw. weggenommen wird. Auch wollte er wissen, ob die Alt-Arme zwischen Dorfplatz und Sportgebiet vor dem Einlaufen von Wasser geschützt bleiben.

Herr Kasper stellte noch einmal deutlich heraus, dass der Sommerdeich das Gewässer aufhalten wird. Im nordöstlichen Bereich in Höhe des Sees würde man einen schmalen Streifen für den Entwicklungskorridor hinzugeben. Dieser würde es ermöglichen, die bestehenden Alt-Arme teil zu fluten, aber auch eine stille Sicherung vorzusehen. Eine weitere Nachfrage, ob der Radweg in Richtung Menden geschützt ist, beantwortete Herr Kasper dahingehend, dass dieser nicht von der Maßnahme betroffen wird.

Herr Metz von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bemerkte, dass nach seiner Kenntnis im Bereich Menden bis zur Autobahn Teile des Weges direkt an der Sieg angelegt sind und es durchaus sein kann, dass, wenn die Sicherung weggenommen wird, auch der Radweg wegfällt und hinter der Sicherung neu verlegt werden muss. So habe er die Pläne, die er bis jetzt gesehen habe, gelesen.

Herr Kasper sagte zu, zu prüfen, inwieweit der Weg betroffen sein könnte.

Herr Puffe, CDU-Fraktion, stellte fest, dass die Pläne erst aufgehängt wurden, als der Tagesordnungspunkt aufgerufen wurde. Man hätte sich gefreut, wenn die Fraktionen die Pläne vorab erhalten hätten. Dann wäre eine intensivere Befassung mit den Plänen möglich gewesen, und man hätte sicher weitere Fragen stellen können. Sein dringender Appell sei, den Tagesordnungspunkt auch in der nächsten Sitzung aufzurufen, aber vorher die Unterlagen in die Fraktionen zu geben, damit man sich dort damit umfangreich beschäftigen kann.

Herr Kasper teilte mit, dass man die Pläne zwar am 08.05. habe vorgestellt bekommen, aber schriftlich, so wie sie jetzt auch in die Fraktionen gegangen sind, lägen sie erst seit letzter Woche vor.

Herr Metz stellte fest, dass es gut sei, dass der Sportplatz erhalten bleibt und auch gut

sei, dass der Sommerdeich so bleiben wird. Er bittet die Verwaltung zu prüfen, in welchem Zustand der Sommerdeich ist. Er habe keine Hochwasserschutzfunktion. Die Prüfung soll auch im Hinblick einer möglichen Finanzierung erfolgen.

zur Kenntnis genommen

12		Flugplatz Hangelar; Bauvoranfragen und Bauantrag	
-----------	--	---	--

Der Bauaufsicht liege ein Bauantrag vor, teilte Herr Trübenbach mit, und zwar vom Fachbereich 3 für eine temporäre Nutzung. Am 06. und 07.07. solle im vorhandenen Hanger eine Musikveranstaltung stattfinden, die genehmigt werden würde.

zur Kenntnis genommen

13		Anträge der Fraktionen	
-----------	--	-------------------------------	--

13.1.1	13/0140	Poller zur Verbesserung der Sicherheit am Zebrastrreifen auf der Pleistalstr. SPD-Fraktion	FB 1, FD 6/10
---------------	----------------	---	----------------------

Der Ausschussvorsitzende begrüßte zu diesem Tagesordnungspunkt die Ortsvorsteherin von Birlinghoven, Frau Borowski. Diese erläuterte den von der SPD-Fraktion gestellten Antrag.

Für die Verwaltung teilte Herr Steinkamp mit, dass die Situation, die durch die Entstehung des Backshops entstanden ist, der Verwaltung so nicht bekannt ist. Es wäre hilfreich gewesen, dies im Vorfeld bekannt zu geben, so dass im Rahmen der Überwachung des ruhenden Verkehrs temporär Einfluss genommen werden könnte. Mit den vorgeschlagenen Pollern würde den Fußgängern die notwendige Gehwegbreite weggenommen werden. Zum anderen sei er überzeugt, dass auch an ähnlichen Stellen im Stadtgebiet derartige Verkehrsverstöße vorliegen. Wenn man sich vornehmen würde, alle Gefahrenstellen auf diese Weise zu beseitigen, hätte man möglicherweise nur abgepollerte Gehwege oder Sonstiges, was eingerichtet werden müsste, was aber nach den klaren Vorschriften der Straßenverkehrsordnung nicht notwendig wäre. Auf Gehwegen zu parken sei nicht erlaubt und dagegen kann vorgegangen werden. Eine zusätzliche Markierung im Bereich des Zebrastrreifens auf die Fahrbahn zu bringen, sei dem Schutzzweck des Zebrastrreifens abträglich. Er biete an, im Rahmen der Überwachung des ruhenden Straßenverkehrs die Örtlichkeit aufzunehmen. Er bittet, bei ähnlichen Fäl-

len dies zukünftig nicht im Rahmen eines Antrages vorzubringen, zumal hier der Verantwortliche auch auf den Fotos hätte erkannt werden können.

Auch Herr Müller von der CDU-Fraktion stellte fest, dass man auf Grund der Fotos einen Verkehrsverstoß hätte nicht schöner dokumentieren können. Die sich Verbotswidrig an solchen Stellen benehmen, würden sich auch von Bodenmarkierungen nicht abhalten lassen. Nach dem Anbringen von Pollern hätten solche wohl auch keine Schwierigkeiten, dann auf der Fahrbahn zu halten. Deswegen helfe nur eine konsequente Überwachung. Auch sollte der Bezirksbeamte dort einschreiten. Er kann nur appellieren, die Dinge im Rahmen der Sanktionen zu betreiben und nicht mit Markierungen.

Frau Borowski stellte fest, dass bei Anwesenheit des Bezirksbeamten selbstverständlich dann niemand dort falsch parkt.

Herr Müller regte das Vorbringen des Sachverhaltes im Rahmen der kommunalen Sicherheitskonferenz an. Man hätte eine Ordnungspartnerschaft mit dem Bezirksdienst. Wenn z. B. dort Kontingentkräfte aus Bonn in Zivil aushelfen könnten, gäbe es die Möglichkeit, einige Zeichen zu setzen.

Im Hinblick darauf, dass vor dem Friseur oder Bäcker auf dem Gehweg geparkt werden darf, regte Herr Puffe von der CDU-Fraktion an zu überprüfen, was generell dort geändert werden könnte. Er schlug vor, den Antrag als Auftrag an die Verwaltung zu geben zu prüfen, was dort machbar ist.

Herr Steinkamp teilte mit, dass im weiteren Bereich das Parken auf den Bürgersteigen zulässig ist. Der Straßenzug insgesamt müsse einer näheren Betrachtung unterzogen werden. Sollte beispielsweise zukünftig auf der Straße geparkt werden können, wäre es auch eine Möglichkeit, Geschwindigkeiten zu verringern.

Herr Puffe meinte, dass ein Lkw-Fahrer sich dadurch aufgefordert fühlen könnte, auf dem Bürgersteig zu parken, wenn es einige Meter zuvor erlaubt ist. Daher mache es Sinn, in einer Gesamtplanung nach Lösungen zu suchen.

Herr Köhler von der Fraktion Aufbruch! teilte mit, dass er große Sympathien habe für Teile dessen, was im Antrag begehrt wird. Ein materielles Hindernis aufzubauen, um Lkw-Fahrer daran zu hindern, diesen Bürgersteig als Parkplatz zu benutzen, halte er für gut. Verkehrskontrollen können immer nur punktuell erfolgen.

Herr Züll von der FDP-Fraktion stellte fest, dass es ein Leichtes gewesen wäre, den Halter zur Rechenschaft zu ziehen, da das Kennzeichen ersichtlich war.

Herr Gleß fasste zusammen, dass man nach dem Verfolgen der Diskussion nicht umhin komme, die Angelegenheit zu prüfen. Im Ausschuss würde ein entsprechender Bericht gegeben werden, was dort machbar ist.

Mit der Umwandlung in einen Prüfauftrag war die den Antrag stellende Fraktion einverstanden.

13.1.2	13/0142	Ergänzende Beschilderung Straßeneinmündung Nachtigallenweg/von-Galen-Straße	FB 1, FD 6/10
		SPD-Fraktion	

Für die Verwaltung teilte Herr Steinkamp mit, dass der Nachtigallenweg keine Sackgasse ist. Eine Straße, die keine Sackgassenfunktion habe, könne mit diesem Schild nicht versehen werden. Sackgasse sei erst der Fasanenweg im späteren Teil. An dieser Stelle ein Hinweisschild auf die Sackgasse anbringen, wäre die einzige Möglichkeit, dem Sinne des Antrags gerecht zu werden.

Frau Feld-Wielpütz von der CDU-Fraktion meinte, dass man nicht weiß, ob das die Intention der den Antrag stellenden Fraktion sei. Viel mehr Sinn hätte gemacht, die Ordnungsbehörde anzurufen und den Sachverhalt zu klären. Sollte ein Anruf nicht zu einem Ergebnis führen bzw. eine Fraktion sich nicht Ernst genommen fühlen, könne immer noch ein Antrag gestellt werden.

Nachdem Herr Steinkamp zugesagt hat, ein entsprechendes Schild aufzustellen, erklärte auf Nachfrage des Ausschussvorsitzenden die den Antrag stellende Fraktion den Antrag als erledigt.

14		Anfragen und Mitteilungen	
-----------	--	----------------------------------	--

14.1		Anfragen	
-------------	--	-----------------	--

14.1.1	13/0127	Übergänge der S-Bahnlinie 66 in Sankt Augustin	FB 1
		Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	

Die Anfrage wurde schriftlich beantwortet.

Eine Zusatzfrage wurde Herrn Metz von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wurde von der Verwaltung dahingehend beantwortet, dass es Sinn machen würde, bei verschiedenen Bahnübergängen eine Genehmigung für eine Vollbeschränkung zu beantragen.

14.1.2	13/0137	Fahrradwegsituation an der Landstraße L 16 "Meindorfer Straße" CDU-Fraktion	FD 6/10, FB 1
--------	---------	---	------------------

Die Anfrage wurde schriftlich beantwortet.

14.1.3	13/0138	Sanierung der durch Baumwurzeln verursachten Straßenschäden im Bereich der Mittelstraße und Gutenbergstraße CDU-Fraktion	FB 7
--------	---------	---	------

Die Anfrage wurde schriftlich beantwortet.

14.1.4	13/0141	Verlagerung der Bushaltestellen Bruno-Werntgen-Str. auf den P+R Parkplatz Hangelar Ost SPD-Fraktion	FD 6/10, FB 1, FB 7
--------	---------	--	------------------------

Die Anfrage wurde schriftlich beantwortet.

14.2		Mitteilungen	
------	--	--------------	--

Mitteilungen wurden nicht gemacht.

Um 21.045 Uhr schloss der Ausschussvorsitzende die öffentliche Sitzung.